

**Sonderthema:**

# Wirtschaftsstandort Deutschland: Für die Zukunft aufgestellt?





**B**ei der Bundestagswahl 2021 war die Ampel noch ambitioniert als »Fortschrittskoalition« angetreten – doch was ist daraus geworden? Aus Platzgründen ziehen wir an dieser Stelle nur eine kurze, dafür aber bittere Bilanz und fragen uns zweifelnd: »Ist dieser Fortschritt gerade hier mit uns im Raum?«: So liegt Deutschland laut Umfrage des ifo-Instituts vom 9. April 2024 bei der gegenwärtigen Standortattraktivität für Firmen aus dem eigenen Land nur noch im Mittelfeld Europas. Rund die Hälfte der Unternehmen blickt zudem pessimistisch in die Zukunft und erwartet in den kommenden zehn Jahren eine weitere Verschlechterung. Auch im internationalen IMD-Ranking verliert die größte europäische Volkswirtschaft bei fast allen Standortfaktoren und rutscht auf den 24. Platz (Juni 2024). Ebenso prognostizieren die European Commission (2023), der IWF (2024) und die OECD (2024) unabhängig voneinander, dass Deutschland im Ver-

gleich zu anderen entwickelten Volkswirtschaften beim Wirtschaftswachstum ein Schlusslicht sein wird, was als Folge wiederum die Stimmung der Unternehmen in Deutschland laut ifo-Geschäftsklimaindex vom 25. Juli 2024 inzwischen merklich eintrübt. Im Ranking nach Kaufkraft flog Deutschland vor kurzem nun auch noch aus der Liste der 20 reichsten Staaten der Welt (IWF, September 2024). Die letzte Meldung vor Redaktionsschluss war schließlich die Konjunkturprognose für Deutschland, die von führenden Wirtschaftsinstituten zum zweiten Mal in Folge gesenkt wurde und nicht bloß als konjunktureller Durchhänger, sondern als strukturelle Krise gewertet wird. Last, but not least merkt natürlich auch die Bevölkerung selbst, dass sich die Nachrichten über Produktionseinstellungen ganzer Produktlinien sowie Insolvenzen vormals gesunder Unternehmen mehren und die Preise an der Einkaufskasse und auf den Energierechnungen steigen – mit dem bangen Gefühl, dass hier im Land gerade etwas gehörig schief läuft.

Denn inzwischen hakt es in Deutschland nicht nur an einer Stellschraube, sondern tatsächlich an fast allen, die für die Wirtschaftskraft eines Landes erheblich sind – und der Motor stottert mittlerweile beträchtlich. Dabei kamen viele Probleme mit langem Vorlauf und keine Regierungspartei der letzten Jahrzehnte kann sich davon freisprechen. Die eingangs erwähnte »Fortschrittskoalition« macht es leider jedoch keineswegs besser und ihre Stimme zum »grünen Wirtschaftswunder« ist längst verstummt. Vor allem Robert Habeck, bei dem man vor lauter Klima manchmal vergisst, dass er eigentlich auch noch Wirtschaftsminister ist, steht hier im Zentrum der Kritik. Ihm müsste klar sein, dass nicht die Politik, sondern die Wirtschaft den Reichtum erzeugt und hohe Energiepreise diesem diametral entgegenstehen. Wenn in Deutschland die stille Abwanderung und Aufgabe gerade vieler Mittelständler anhält und zu einer Deindustrialisierung führt (BDI-Präsident Siegfried Russwurm, Berlin, 10. September 2024), dann sinkt bald womöglich nicht nur der CO<sub>2</sub>-Wert rapide, sondern auch der Optimismus, der nötig ist, um hierzulande noch etwas aufbauen und/oder bewahren zu wollen.

OBJEKT hat sich im aktuellen Sonderthema auf die Suche nach den größten Standortbremsen gemacht. Es wäre noch viel mehr darüber zu schreiben gewesen – aber wie man so schön sagt, manchmal muss man auch einfach mal den Deckel draufmachen. Apropos: Auf eben diesen bekam es Robert Habeck am 17. April bei einer Rede von Theodor Weimer, Vorstandschef der Deutschen Börse AG: »Ich habe inzwischen mein 18. Treffen mit unserem Vizekanzler und Wirtschaftsminister [...] hinter mir. Und ich kann Ihnen sagen, es ist eine schiere Katastrophe.«

Das lasse ich mal so stehen und grüße herzlich

Ihre *Sabine Langauke*

## Bürokratie

# Das Übel mit der Überregulierung

**Bürokratie ist eine zivilisatorische Errungenschaft, denn sie erleichtert und befriedet unser aller Zusammenleben. Sie schafft Regeln und Gesetze, die festlegen, wie wichtige Vorgänge im Staat abzulaufen haben und schützt die Bürger dadurch bestenfalls vor Korruption und Willkür. Sie bietet ihnen zudem neutrale Verlässlichkeit, schafft Erwartungssicherheit und gewährleistet, dass Entscheidungen gerichtlich überprüfbar sind. Kaum jemand dürfte heutzutage also ohne auskommen wollen; so wie etwa in Entwicklungsländern, die häufig keine funktionierende Verwaltung haben und dadurch dazu neigen, im korruptierten Chaos zu versinken.**

**B**ei aller grundsätzlichen Zustimmung wird die Bürokratie in Deutschland jedoch immer häufiger zur Bürde, die das Vertrauen in die Effizienz der Regierung zunehmend schwinden lässt. Denn es prallen hierzulande gleich zwei wesentliche Strömungen verstärkt aufeinander: So nehmen auf der einen Seite die Anzahl und die Komplexität der Vorschriften und Gesetze aus Berlin und Brüssel immer weiter zu, während auf der anderen Seite die Mittel und das Personal in den Ländern, Kommunen und der Wirtschaft immer knapper werden. Und dadurch macht die Dosis hier nun das lähmende Gift.

Mittlerweile ist die Diskrepanz in vielen Bereichen spürbar, sei es in der Landwirtschaft, im Gesundheitswesen, im Gastgewerbe oder im Handwerk; und die Klagen über bürokratische Hürden, die den Akteuren Zeit und Personal und somit Geld und Nerven kosten, nehmen zu. Die Zeiten,

in denen Deutschland vom Ausland für seinen ordnungsliebenden Charakter teils milde belächelt, oft aber auch bewundert oder sogar beneidet wurde, sind vorbei. Stattdessen hat sich die teils praxisuntaugliche, oft nicht nachvollziehbare Überregulierung mittlerweile zu einem Standortrisiko entwickelt, die die Effizienz schwinden lässt, Investitionen bremst und die Wirtschaftskraft des Landes gefährdet.



Bürokratie ist die Kunst,  
das Mögliche unmöglich  
zu machen.

Javier Pascual Secado

Vor diesem Hintergrund tritt nun das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz in Kraft, das von Bundesjustizminister Marco Buschmann vollmundig als »Konjunkturpaket zum Nulltarif« und »wertvoller Mosaikstein für die Wirtschaftswende« bezeichnet wird. Unter anderem sieht das neue Gesetz vor, dass bei Hotelübernachtungen kein Meldeschein mehr ausgefüllt werden muss und dass die Aufbewahrungsfristen für Unternehmensunterlagen von zehn auf acht Jahre verkürzt werden. Auch die Textform wird in vielen Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches die Schriftform ersetzen. Die insgesamt 60 Einzelmaßnahmen sollen so den bürokratischen Aufwand für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung in Zukunft senken und die Wirtschaft da-

durch jährlich um rund 944 Mio. Euro entlasten. Kritiker unken allerdings schon jetzt, dass sie nur Tröpfchen auf besagtem »Mosaikstein« sein werden.

## Einfach mal gut sein lassen

Es sind zwar wichtige Schritte in die richtige Richtung enthalten, die eigentlichen Ursachen packen die geplanten Maßnahmen jedoch nicht an. Vielmehr würde es hier einer umfassenden Strukturreform bedürfen, die neben einer stärkeren Digitalisierung weitere Schritte vorsieht. Denkbar wären hier unter anderem Praxis-Checks, um die Anwendbarkeit neuer Gesetze im Vorhinein zu überprüfen, sowie die Implementierung gezielter Gespräche mit Ansprechpartnern in den Unternehmen und Behörden, um überflüssige Regelungen zu identifizieren und gegebenenfalls auszumerzen. Ein weiterer wichtiger Aspekt wäre die Förderung eines bereichsübergreifenden und durchlässigen Arbeitens in der Verwaltung, um den Bürokratiedschungel von Hindernissen der Marke »Passierschein A38« zu befreien.

Und dann bestünde natürlich noch die Möglichkeit, von neuen Regulierungen einfach manchmal abzusehen und den Unternehmen und der Bevölkerung so in einigen Bereichen und besonders auf nationaler Ebene wieder mehr unbürokratische Eigenverantwortung zuzugestehen. Nach dem Motto »Never change a winning system« sind gerade in Deutschland zum einen viele Bereiche bereits gut geregelt und bedürfen somit keiner weiteren Bürokratie, zum anderen besteht hierzulande schon jetzt ein hohes Maß an eigeninitiativer Selbstregulierung, die diese Freiheit ein Stück weit erlauben würde.

OBJEKT hat Thorsten Alsleben, Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), nach seiner fachmännischen Einschätzung gefragt. Wo liegen seiner Meinung nach die bürokratischen Bremsen und findet Deutschland aus dem Blätterdickicht jemals wieder heraus?

**Das Thema Bürokratieabbau beschäftigt die Bundesregierungen seit Jahrzehnten. 2016 trat das erste Bürokratieentlastungsgesetz (BEG I) in Kraft; 2024 wurde nun das vierte auf den Weg gebracht. Das Problem wird also offensichtlich angegangen. Dennoch klagen deutsche Unternehmen so laut wie nie über überbordende Regularien. Wie kann das sein?**

Das hat strukturelle Gründe. Zwei Beispiele: Die Belastung durch Bürokratie wird nie ganzheitlich gesehen. Jeder Politikbereich auf jeder Ebene denkt nur an seine Regeln: Der Arbeitsschutz kommt vom Bundesarbeitsministerium, Datenschutz von der EU und der

Bundesebene, Gesundheitsschutz vom Bund, Umweltschutz von EU, Bund und Land – aber es trifft alles zusammen auf jedes einzelne Unternehmen, das dann damit umgehen muss.

Die einzelnen Politikbereiche wissen gar nicht, was die jeweils anderen alles schon aufgebürdet haben. Und in der Politik merkt man es erst, wenn es zu spät ist, wenn also Unternehmen reihenweise aufgeben oder ins Ausland gehen. Zweites Beispiel: Früher wurden Gesetze gemacht und nach einem Regierungswechsel manchmal wieder zurückgenommen, weil dann ein anderes politisches Lager dran war. Seit 2002 haben wir aber nur noch Regierungen, bei denen mindestens ein Koalitionspartner auch der Vorgängerregierung angehörte. Und die verhindern dann, dass ihre Gesetze, die sie mit Herzblut durchgesetzt haben, aufgehoben werden. Dafür bräuchten wir ein Verfallsdatum, bei dem die Gesetze automatisch nach fünf Jahren auslaufen.



*Thorsten Alsleben hat sein juristisches Staatsexamen in Bonn abgelegt und bei der Deutschen Welle ein Volontariat zum TV- und Hörfunkredakteur absolviert. Nach Stationen beim ZDF in Düsseldorf und als Hauptstadt-korrespondent in Berlin sowie im Leitungsstab des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie als Hauptstadtrepräsentant der Unternehmens- und Personalberatung Kienbaum war Alsleben zuletzt knapp neun Jahre Hauptgeschäftsführer der Mittelstands- und Wirtschaftsunion. Seit April 2023 ist er Geschäftsführer der INSM. Foto: Mark Bollhorst*



**Was sind die größten regulatorischen Bremsen für den deutschen Wirtschaftsstandort? Welche würden Sie sofort abschaffen?**

Es gibt nicht das EINE Gesetz, das die Belastung besonders erhöht. Es ist wie beim Riesen Gulliver: erst die Tausenden Fesseln der Zwerge haben ihn bewegungsunfähig gemacht. Also müsste man auch im großen Stil bürokratische Fesseln abschaffen.

Ich würde als erstes die ganzen Berichtspflichten, die leider oft von der EU kommen, abschaffen, weil die wirklich nur Arbeit und Kosten verursachen und nichts bringen. Auch das nationale Lieferkettengesetz müsste sofort aufgehoben werden, weil es mehr scha-



Zwei Drittel der deutschen Unternehmen fühlen sich unverhältnismäßig stark von staatlicher Bürokratie belastet.

**Studie 2023 des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn**  
im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

det als nutzt. Übrigens: Hierfür gäbe es eine breite Mehrheit im Bundestag, weil inzwischen sogar der grüne Wirtschaftsminister dafür ist, es auszusetzen. Aber die SPD verhindert das mit ihrem Vetorecht in der Koalition. Deshalb bin ich ja für ein automatisches Verfallsdatum. Es gäbe aktuell keine Mehrheit im Bundestag für ein neues Lieferkettengesetz.

**Laut Analyse des Nationalen Normenkontrollrats (NKR) geht gut die Hälfte des Erfüllungsaufwands zurück auf Vorgaben aus der EU. Warum leidet Deutschland darunter besonders? Nimmt unsere Regierung es zu genau?**

Es gibt drei Gründe, warum das deutsche Unternehmen besonders trifft: Erstens gibt es ohnehin schon aufgrund der zahlreichen Bundes- und Landesgesetze und Kommunalatzungen eine hohe Regelungsdichte. Zweitens tendiert Deutschland leider dazu, auf die EU-Regelung noch deutsche Sonderpflichten aufzusatteln, das wird schönfärberisch »gold plating« genannt. Drittens sind natürlich deutsche Behörden bei der Überwachung der Regeln besonders penibel und umständlich. Kein anderes Land in der EU

hat zum Beispiel 17 Datenschutzbehörden, die die DSGVO teilweise unterschiedlich auslegen.

**Welchen Einfluss hat die Bürokratie auf die Produktivität deutscher Unternehmen? Lässt sich beziffern, wie viel wir uns die Regulierungswut jährlich kosten lassen?**

Die Bürokratielasten werden durch den Erfüllungsaufwand gemessen. Der hat sich in den letzten Jahren für Unternehmen mehr als verdreifacht: von 9,6 Milliarden Euro in 2021 über 13,2 Milliarden in 2022 bis 34,6 Milliarden in 2023. Inzwischen sagen 58 Prozent der Unternehmer, sie wollen wegen der Bürokratie nicht mehr in Deutschland investieren. Die Bürokratielast ist inzwischen das größte Investitionshindernis und Standortnachteil Nr. 1 – noch vor der auch noch bestehenden hohen Steuerlast, den hohen Energie-



**Neuer Rekord:  
Noch nie wurde so viel Geld  
für Bürokratie ausgegeben  
wie im Jahr 2023.**

**Jahresbericht 2023**  
Normenkontrollrat (NKR)

preisen und dem Fachkräftemangel. Eigentlich müssten Politiker sich von morgens bis abends nur um Bürokratieabbau kümmern.

**Welche Hoffnungen setzen Sie in das neue Bürokratieentlastungsgesetz? Ist Deutschland damit auf dem richtigen Weg?**



iStock.com/NiroDesign

Das Bürokratieentlastungsgesetz führt zu ein paar Erleichterungen, aber es ist ein Eimer Wasser bei einem brennenden Haus. Wir brauchen einen ganzen Löschzug und eine Renovierung mit nicht brennbaren Hauswänden. Was ich meine: Wir müssen Gesetzgebung anders denken, mehr von den Betroffenen und ihren Belastungen her. Wir brauchen Praxis-Checks für jedes wirtschaftsbelastende Gesetz, also vor Beginn der Parlamentsberatung schon einen Workshop mit Unternehmen, die den Gesetzentwurf auf Praxistauglichkeit testen. In den Niederlanden funktioniert das schon. Wir brauchen das besagte Verfallsdatum für Gesetze. Und wir brauchen einen Rückbau der Bundesverwaltung statt einen weiteren Anstieg: Weniger Bürokraten machen weniger Bürokratie. Und man müsste jedes Jahr ein Bürokratieentlastungsgesetz machen. Im Moment macht jede Regierung nur eines pro Wahlperiode. Das heißt, der Minister, der zuständig ist und die Erfahrungen mit dem mühseligen Bürokratieabbau macht, kann diese Erfahrung gar nicht mehr nutzen, weil er kein zweites Gesetz zum Bürokratieabbau mehr anstößt. Bislang war immer ein neuer Minister dafür verantwortlich.

## Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht

Die Wahrung von Menschenrechten und Umweltstandards in einer globalen Wirtschaft – das klingt wahrlich nach einem hehren Ziel, das wohl jeder rein emotional erst einmal unterstützen würde. Entsprechend sprach Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales, bei der Vorstellung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) noch stolz von einem »historischen Durchbruch« und erklärte: »Es gibt kein Gesetz auf der Welt und in Europa, das so ambitioniert ist wie das deutsche Lieferkettengesetz« (Tagesschau, 12. Februar 2021).

In Kraft getreten ist das LkSG am 1. Januar 2023 und galt zunächst für alle Firmen mit Sitz in Deutschland und mit mehr als 3000 Beschäftigten; seit diesem Jahr sind Firmen schon ab 1000 Mitarbeitern in der Pflicht. Von ihnen wird verlangt, die Einhaltung der Menschenrechte und des Umweltschutzes entlang ihrer gesamten Lieferkette – von der Gewinnung der Rohstoffe im fernen Ausland bis hin ins heimische

Werk – zu gewährleisten. Dabei gilt es, unter anderem potenzielle sowie tatsächliche Risiken zu ermitteln, zu dokumentieren, durch Präventions- und Abhilfemaßnahmen zu minimieren und jedes Jahr einen offenen Bericht zur Situation rund um menschenrechtliche und umweltbezogene Kriterien beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) einzureichen. Bei eindeutigen Hinweisen auf Verstöße sind die Unternehmen gezwungen, tätig zu werden, andernfalls drohen Bußgelder von bis zu 2 Prozent des globalen Jahresumsatzes und der Ausschluss von öffentlichen Ausschreibungen von bis zu drei Jahren. Eine direkte zivilgerichtliche Haftung der Unternehmen für Schäden, die ihre Zulieferer verursachen, sieht das deutsche Gesetz nicht vor.

### Noch eins obendrauf

Im März dieses Jahres wurde nun das EU-Lieferkettengesetz »Corporate Sustainability Due Diligence Directive« (CSDDD) beschlossen, das in seinen Vorgaben noch einmal deutlich aufwendiger und strenger werden wird. Es soll bis 2029 schrittweise eingeführt

werden und betrifft Unternehmen mit mehr als 1000 Mitarbeitern und einem globalen Netto-Jahresumsatz von 450 Mio. Euro. Auch für nicht in der EU ansässige Unternehmen gilt das CSDDD, sofern sie einen Nettoumsatz in Höhe von 450 Mio. Euro in der EU erwirtschaften.

Das Gesetz sieht vor, dass die Unternehmen menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken in ihren Wertschöpfungsketten ermitteln sowie Präventions- und Abhilfemaßnahmen ergreifen und darüber berichten. Die Regelung umfasst dabei die Aktivitäten von Geschäftspartnern entlang der gesamten Lieferkette einschließlich der vor- und nachgelagerten Aktivitäten. Darüber hinaus sind die Unternehmen dazu verpflichtet, »Klimatransitionspläne« mit verbindlichen Zielen zur Emissionsreduktion zu entwickeln und im Anschluss deren Umsetzung sicherzustellen. Für die Einhaltung der Auflagen sind eine behördliche Kontrolle sowie gegebenenfalls Bußgelder von bis zu 5 Prozent des Netto-Jahresumsatzes vorgesehen. Des Weiteren sieht die Richtlinie eine zivilrechtliche Haftung vor, mit der bei grenzüber-



schreitenden Vorfällen das Recht der EU-Mitgliedsstaaten anstelle des Rechts des ausländischen Schadensortes gelten soll.

### Der Pferdefuß

Offenbar sollten die Mahner recht behalten, dabei hatte Heil 2021 doch so von der »Vorreiterrolle« des LkSG geschwärmt: Herausgekommen ist aber ein Übermaß an bürokratischen Berichtspflichten, die eine beträchtliche Ressourcenallokation in den Unternehmen zur Folge hatten und sich mit den Ergänzungen aus dem CSDDD nun noch weiter zuspitzen werden.

Die Auflage an die Unternehmen, ihre Geschäftspartner entlang der gesamten Lieferkette zu überprüfen, ist höchst komplex – manche haben hunderte, wenn nicht sogar tausende Zulieferer. Hier nun zu gewährleisten, dass beispielsweise in Indien humane Arbeitszeiten von einem Zulieferer eingehalten werden, ist oft nicht machbar. Dies hat zur Folge, dass sich deutsche Unternehmen immer öfter aus Vorsicht lieber aus Ländern etwa in Afrika und Asien zurückziehen und – als Pferdefuß – die Gebiete Staaten überlassen, die weniger achtsam sind – und die Missstände in den jeweiligen Ländern so wieder verstärken. Den Menschenrechten und dem Umweltschutz wäre also vielmehr gedient, wenn deutsche Betriebe mit ihren hohen ethischen Ansprüchen den Fuß in der Tür zu anderen Kontinenten behalten würden. Nicht zuletzt verschafft es den deutschen Unternehmen natürlich einen wirtschaftlichen Nachteil, wenn die internationale Konkurrenz unbehelligt vorbeiziehen kann.

Auch wussten ein Jahr nach Einführung des LkSG rund 70 Prozent der Firmen nicht, welche Abhilfemaßnahmen sie ergreifen könnten, um Missstände in ihren Lieferketten abzustellen (rbb24, Abendschau, 20. Dezember

2023). 64 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen, die eigentlich nicht unmittelbar vom LkSG betroffen sind, sagten zudem, dass die Sorgfaltspflichten durch größere Unternehmen an sie weitergereicht werden. Damit trägt der Mittelstand, der über keine Konzernstrukturen verfügt, um den vielfältigen Anforderungen des LkSG nachzukommen, hier nun eine große Last.

Und dann sind da natürlich wieder die vielen Auflagen und Vorschriften, die per se aufstoßen. Gitta Connemann, Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, erklärte treffend, dass es wohl kein Unternehmen gäbe, dem die Menschenrechte in diesem Land nicht wichtig wären und dass der Mittelstand und die Industrie in Deutschland sich daher bereits freiwillig Verpflichtungen auferlegt hatten. Es sei vielmehr das Problem, dass immer geglaubt werde, mit Verboten und Auflagen erreiche man am Ende mehr – »das Gegenteil ist jedoch der Fall« (Welt, 1. März 2024).

### Es wird am Stamm gesägt

Die neue EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR) tritt Ende des Jahres in Kraft und hat zur Aufgabe, die fortschreitende Abholzung von Wäldern zu verhindern, um so Biodiversität zu schützen und Treibhausgasemissionen zu senken. Bereits 2013 hatte die EU mit der EU-Holzhandelsverordnung EUTR die Entwaldung eingeschränkt; im Rahmen des Green Deal verschärft die EU mit der EUDR jetzt aber ihre Maßnahmen und verbietet die Ersteinführung, das Inverkehrbringen/Bereitstellen auf dem EU-Binnenmarkt sowie den Export bestimmter Waren, für die seit Anfang 2021 Wälder gerodet oder beschädigt wurden.

### Bürokratischer Aufwand

Ab dem 30. Dezember 2024 werden die Vorschriften der neuen EUDR-Verordnung zunächst für große und mittlere Unternehmen gelten, ab dem 30. Juni 2025 müssen sie dann auch bei Klein- und Kleinstunternehmen ange-



wendet werden. Betroffen sein werden einerseits Marktteilnehmer, die einen Rohstoff oder ein Folgeprodukt als erste auf den Markt bringen, andererseits Händler, die Produkte oder Rohstoffe nachgelagert auf dem Unionsmarkt handeln oder weiterverarbeiten. Auf der Liste der EUDR-Verordnung stehen bisher die Rohstoffe Holz, Palmöl, Kaffee, Kakao, Rind, Soja und Kautschuk – diese soll in Zukunft jedoch nachträglich erweitert werden. Unternehmen müssen sich gemäß der neuen Verordnung zunächst einen genauen Überblick über ihre Waren und Rohstoffe verschaffen und dazu unter anderem die GPS-Daten aller Grundstücke, auf denen die betroffenen Rohstoffe hergestellt wurden inklusive dem Zeitpunkt der Erzeugung rückwirkend bis zum 31. Dezember 2020 bereitstellen. Des Weiteren müssen sie eine Bewertung des Entwaldungsrisikos durchführen, ausgemachte Risiken gegebenenfalls mindern und eine Sorgfaltserklärung abgeben. Abschließend erwartet sie eine interne Dokumentations- und Berichtspflicht. Diese ist umso höher, je größer das Risiko der Waldzerstörung im jeweiligen Herkunftsland eingeschätzt wird. Bei Nichterfüllung der Maßnahmen droht unter anderem die Abschöpfung von Gewinnen, Bußgelder von mindestens 4 Prozent des Jahresumsatzes oder die Beschlagnahme von Waren bzw. Erzeugnissen (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, 1/2023). Um kleinere Betriebe und Händler bürokratisch zu entlasten, unterscheidet die EUDR-Verordnung zwischen KMU und Nicht-KMU. KMU haben demnach unter anderem die etwas längere Frist zugestanden bekommen und müssen zudem weniger Informationen über ihre vor- und nachgelagerte Lieferkette bereitstellen sowie keinen öffentlichen EUDR-Bericht einreichen. Als weitere Erleichterung können sich



Als größte EU-Institution beschäftigt die EU-Kommission insgesamt rund 32000 Beamte und Vertragsbedienstete in Brüssel. Als EU-Exekutive ist sie allein dafür zuständig, für die 27 EU-Mitgliedsstaaten Vorschläge für neue Rechtsvorschriften zu erarbeiten und deren Durchsetzung zu fördern. Kann bei einem selbst fütternden System weniger Bürokratie aber überhaupt gelingen?

#### **Europäische Kommission**

Händler gegebenenfalls auf vorhandene Sorgfaltserklärungen ihrer Zulieferer berufen. Bereits bestehende Zertifizierungssysteme erfüllen die Sorgfaltspflicht bei allen Marktteilnehmern nicht.

#### **Einstufung als Niedrig-Risikoland**

Die neue Verordnung betrifft nicht etwa nur Tropenhölzer aus Brasilien oder dem Kongo, sondern auch die Vermarktung von Hölzern, die aus der EU – und damit auch aus Deutschland selbst – stammen. Folglich sind deutsche Waldbesitzer, Forstbetriebe und holzwirtschaftliche Unternehmen unmittelbar selbst davon betroffen und befürchten nun, zur Aufgabe der Waldbewirtschaftung gezwungen zu sein oder verdrängt zu werden (Plattform Forst & Holz, 29. Januar 2024). Etwa die fehlenden und mit mangelhaft bewerteten EDV-Möglichkeiten

zur Erfüllung der EUDR machen vor allem kleineren Unternehmen und einzelnen Waldbesitzern aktuell zu schaffen. Ihnen droht, dass sie mit Ende der Übergangsfrist nun ihre Marktzulassung verlieren und Waldflächen dann nicht mehr bewirtschaftet werden könnten. Damit wäre allerdings – wieder ein Pferdefuß – weder dem »Wald-Klima-Paket« der Ampel noch dem verstärkten Holzbau, geschweige denn der globalen Entwaldungssituation gedient. Zudem existieren bereits gut funktionierende nationale Kontrollmechanismen zum Schutz des Waldes vor Schädigung und illegalem Holzeinschlag sowie ein hohes Maß an Bewusstsein für den Naturschutz und an freiwilliger Zertifizierung – sodass es eigentlich keiner neuen Regeln und Auflagen bedarf. Kritiker beklagen daher einen nicht mehr effektiv leistbaren bürokratischen Aufwand ohne sachlichen Mehrwert und fordern von der EU, Deutschland als Niedrig-Risikoland im Sinne der EUDR einzustufen. Vielmehr sei es angemessen, Staaten, die in den letzten zehn Jahren nachweislich keine Beanstandungen in Bezug auf das Hauptziel der EUDR erhalten haben, von den Prozessen und den Sorgfaltserklärungen zu befreien. Laut Pressemitteilung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom 2. Oktober 2024 hat die EU-Kommission nach monatelanger Kritik nun doch eingelenkt. Sie hat den Anwendungsstart der neuen Verordnung um zwölf Monate verschoben und wird strittige Themen wie die technischen Voraussetzungen und die Einstufung in Risikoklassen ausarbeiten. Inhaltlich bleibt die Verordnung jedoch unangetastet. ■



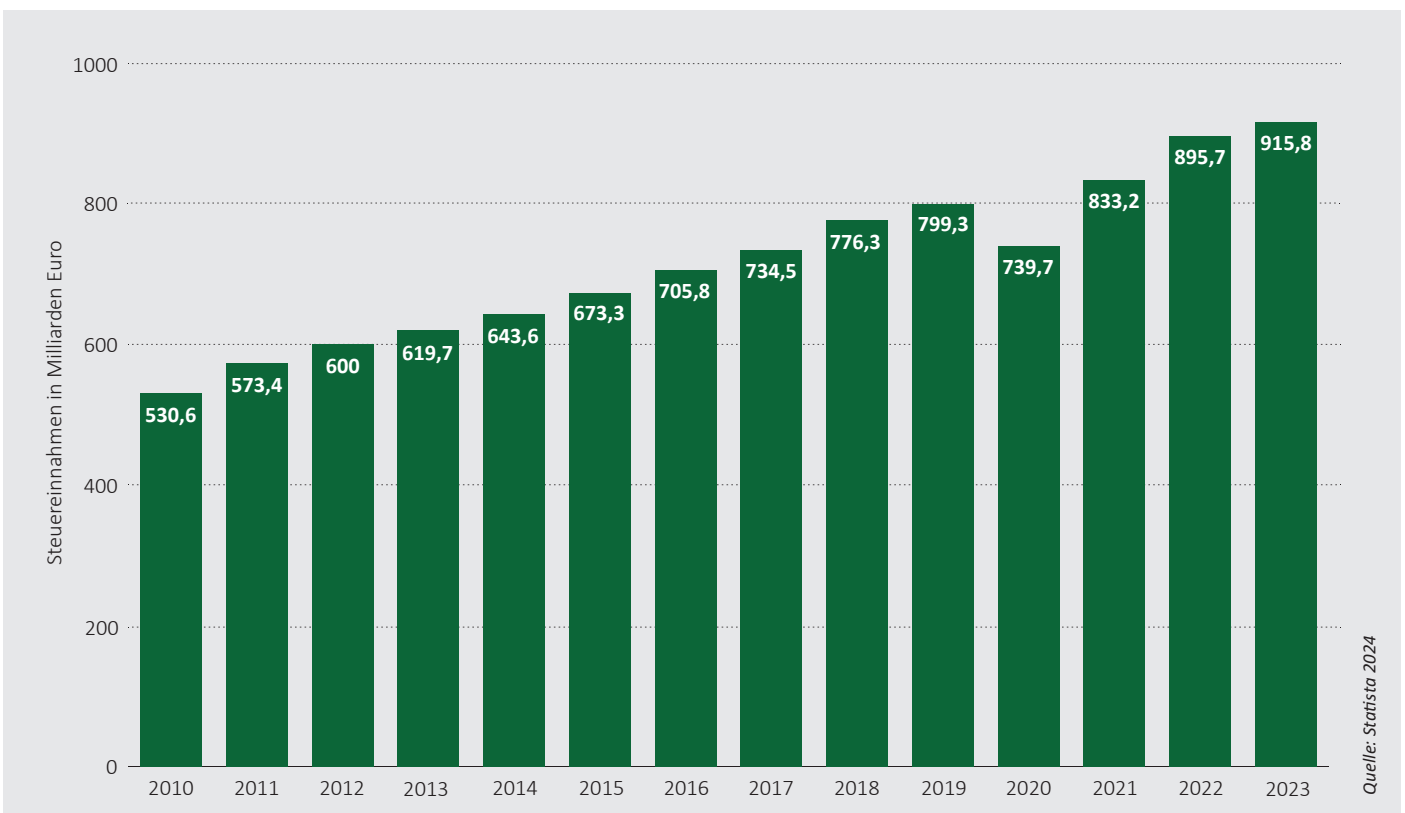
## Steuern und Abgaben

# »Booster« oder »Reförmchen«?

Während Deutschland versucht, mit unseren Steuergeldern »Gott und die Welt« zu retten, stürzt in Dresden die Carolabrücke wie bröckelnde Zahnschubstanz in sich zusammen. Ihre Pfeiler links und rechts der Elbe erinnern dabei an verbliebene Eckzähne und könnten als Sinnbild für den desolaten Zustand eines Landes stehen, das erst einmal selbst ordentlich seine Zähne putzen sollte. Derweil geht der Verfall rasant weiter und greift mit der Wirtschaft inzwischen auch auf die Wurzel über. Trotzdem leistet sich die Bundesregierung etwa für ihre steigende Mitarbeiterzahl einen Ausbau des Bundeskanzleramtes in Berlin für voraussichtlich 777 Mio. Euro und damit nach seiner Fertigstellung das größte Regierungshauptquartier

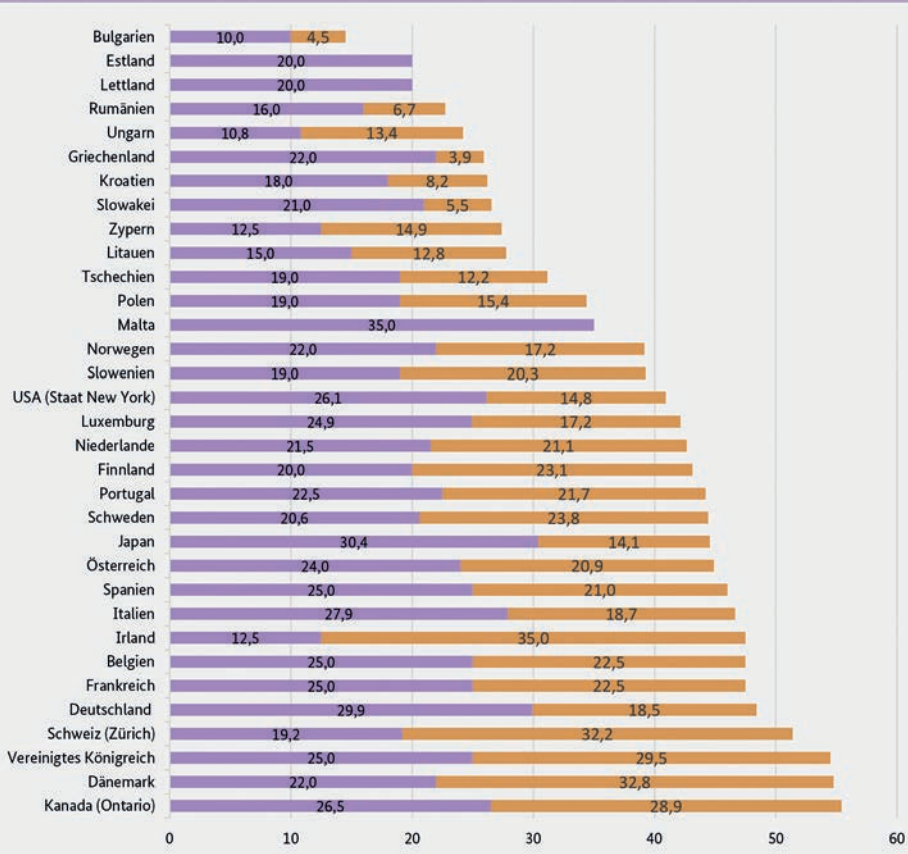
der Welt (geplante Kosten 2019:  $\geq 460$  Mio. Euro). Der Ausbau von gendergerechten Toiletten in der Hauptstadt, Pflanzkübel aus Holzpaletten in der Dresdner Innenstadt oder die üppigen fünfstelligen Monatsgehälter und Zulagen für Politiker teils ohne qualifizierende Berufserfahrung und/oder sonstige befähigende Kenntnisse sind da hingegen fast schon Peanuts und werden wie nebenbei aus der Portokasse bezahlt. Derart schwarze Zähne finden sich etliche, dafür aber immer seltener schwarze Zahlen! Da fragt sich so mancher inzwischen, wie lange die Behandlung noch hinausgeschoben werden kann, bis schließlich auch die letzten Zähne ausfallen.

Die Demut und das Wissen um die Leistung, die hinter den erbrachten Steuermitteln steckt, scheint vielen Politikern offenbar mittlerweile verloren gegangen zu sein. Dabei klagte Bundesfinanzminister Christian Lindner jüngst selbst: »Es ist ja seit vielen Jahren so, dass die Haushalte immer weiter steigen und dass immer neue Staatsaufgaben und Staatsausgaben beschlossen werden. Und nun kommen wir an einen Wendepunkt: Wir werden mit weniger Geld wirksamere Politik machen müssen als im vergangenen Jahrzehnt« (Bundestagsrede, 17. November 2023). Tatsächlich verfügt die Bundesregierung seit Jahren über stark steigende Steuereinnahmen aus Bund, Ländern und Gemeinden, die sich im Jahr 2023



## Maximale Besteuerung (nominal) auf Unternehmens- und Anteilseignerebene bei Vollausschüttung 2023

in Prozent



Quelle: Datengrundlage aufbereitet durch das Bundeszentralamt für Steuern im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen

auf den bisherigen Rekordwert von 915,8 Milliarden Euro summierten (vgl. 2010: 530,6 Milliarden Euro / 2022: 895,7 Milliarden Euro). Laut Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung werden die gesamten Steuereinnahmen bis 2027 schließlich sogar auf 1,11 Billionen Euro gestiegen sein. Unfassbar hohe Zahlen also, und doch fand Lindner weiter ernüchternde Worte: »Wir haben bereits jetzt die höchste Steuer- und Abgabenquote unserer Geschichte. [...] Trotzdem reicht es nicht für die Ausgaben. Das zeigt, wir haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem« (ZDF, Maybrit Illner, 3/2023).

### Mut zur Lücke

Wie um dies zu bestätigen, sprach ein Jahr später Robert Habeck, Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, befragt zum Thema Haushalt 2025 und der darin enthaltenen Finanzlücke von 12 Milliarden Euro, lapidar: »Boah, wie soll ich sagen? Ist halt so, ne? [...] Der Bundeshaushalt ist 450 Milliarden groß, grob gesprochen. Da wird man 3 Milliarden schon noch finden können, aber wir haben sie halt jetzt nicht gefunden« (17. August 2024).

Da macht Steuerzahlen doch abermals Spaß... besonders wenn die deutsche Wirtschaft derart in Schieflage geraten

ist, immer mehr wichtige Industrien abwandern, Unternehmen Insolvenz anmelden und von Planungssicherheit nicht die Rede sein kann. Und daran hat nicht unmaßgeblich eben auch die zu hohe Steuerlast in Deutschland Anteil, die zunehmend zu einem Standortrisiko wird und an dem Zahn wackelt, mit dem wir noch kauen.

### Auf dem Treppchen

Vor allem die Unternehmen werden hierzulande so stark zur Kasse gebeten wie in kaum einem anderen Industrieland – und das, obwohl von den zahlreichen Steuern vor allem die Besteuerung von Unternehmensgewinnen einen besonders wichtigen Einfluss auf die Attraktivität Deutschlands als Wirtschaftsstandort hat.

Die letzte größere Reform fand hierzu »anno Domini« 2008 statt. Damals wurde die Unternehmenssteuer von 38 auf 30 Prozent gesenkt und so die Position Deutschlands im internationalen Steuerwettbewerb auf Platz 2 unter den G7-Staaten verbessert. Seitdem herrscht hierzulande jedoch Stillstand, während andere Länder die Steuerlast über die Jahre hinweg weiter reduziert haben.

Mittlerweile haben nur noch Japan (~30,5 Prozent) und Malta (35 Prozent, hier wird allerdings üblicherweise ein Großteil der Steuern rückerstattet) eine höhere tarifliche Unternehmenssteuerbelastung als Deutschland. Die Mehrheit der insgesamt 33 betrachteten Staaten besteuert die Unternehmensgewinne mit einem nominalen Steuersatz von unter 25 Prozent. Größere Industrienationen wie Frankreich, Kanada, die USA oder das Vereinigte Königreich erheben nominale Unternehmenssteuersätze zwischen 25 und 27 Prozent. Die meisten osteuropäischen Länder liegen unter 20 Prozent, während die skandinavischen Staaten von ihren Unternehmen zwischen 20

# Wirtschaftsstandort Deutschland: Für die Zukunft aufgestellt?

und 22 Prozent kassieren (BMF-Monatsbericht, 8/2024).

## Teure Arbeitskraft

Nicht besser sieht es für die Arbeitnehmer in Deutschland aus, die mit Steuern und Abgaben ebenfalls so stark belastet werden wie in kaum einem anderen Industrieland. Hier rangiert Deutschland unter den 38 OECD-Mitgliedsstaaten auf Platz 2 hinter Belgien. Während die Abgabenquote bei einem verheirateten Paar mit zwei Kindern hierzulande durchschnittlich 40,8 Prozent beträgt, liegt sie im Nachbarland bei 45,5 Prozent und im Schnitt aller OECD-Staaten bei 29,4 Prozent.

Einer Berechnung des Steuerzahlerbundes zufolge bleiben von einem Euro Einkommen dieses Jahr nach Abzug aller Abgaben im Schnitt 47 Cent übrig. Der sogenannte »Steuerzahlergedenntag« fiel damit dieses Jahr auf den 11. Juli. Erst seitdem fließt das Geld rein rechnerisch in die eigene Tasche.

Noch mehr wird den deutschen Singlehaushalten in Rechnung gestellt. Während im OECD-Schnitt die Abgaben für Alleinstehende 34,6 Prozent betragen, müssen sie in Deutschland mit 47,8 Prozent fast die Hälfte ihres Einkommens an Fiskus und Sozialkassen abtreten. Teurer ist es auch hier nur in Belgien mit 53 Prozent, während etwa in der Schweiz mit 23,4 Prozent nicht einmal ein Viertel des Einkommens einbehalten wird.

## Milchzähnenrechnung

Und hierbei geht der Schuss inzwischen gehörig nach hinten los! So versprechen die hohen Steuern und Ab-

gaben zwar auf die Schnelle sprudelnde Einnahmen für den deutschen Staat; sie führen im internationalen Markt aber gleichzeitig dazu, dass Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft schwinden, qualifizierte Fachkräfte abwandern, junge ausländische Talente fernbleiben und Unternehmen das Land verlassen – und mit ihnen die Steuereinnahmen und das Kapital des Landes.

Diese »Milchzähnenrechnung« stammt – fundiert gesprochen – aus einer ifo-Stellungnahme aus dem März letzten Jahres, die da lautet:

»Steuersenkungen verursachen zwar in der Regel kurzfristige Einnahmeausfälle für den Staat. Doch können sie die Rahmenbedingungen für Investitionen so verbessern, dass über eine stärkere und produktivere wirtschaftliche Aktivität später auch die Steuereinnahmen wachsen.«

Auch das Bundesfinanzministerium erklärte etwa im gleichen Zeitraum, dass eine sinkende Abgabenbelastung eine belebende Wirkung sowohl für die Wirtschaft als auch für den Arbeitsmarkt hätten und Unternehmen im Gegenteil sogar an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewinnen würden. Denn sie könnten zum einen die Investitionstätigkeit und die Innovationskraft der Unternehmen stärken und zum anderen die Nettolöhne aufseiten der Bürger erhöhen und damit Anreize zur Beschäftigungsaufnahme oder auch zur Verschiebung des Ruhestands schaffen. »Eine Beschäftigungsausweitung und höhere Investitions- und Konsumtätigkeit dürften für sich genommen dann zu einem Anstieg von Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen und gegebenenfalls Minderausgaben in der Grundsicherung für Arbeitssuchende und in der Arbeitslosenversicherung führen«, heißt es weiter (Deutscher Bundestag, Drucksache 20/7523, 30. Juni 2023).

## Grabenkämpfe

Trotzdem konnte sich die Ampel lange nicht darauf einigen, wie ein Rettungspaket für die Wirtschaft geschnürt werden sollte. Denn während Habeck ein milliardenschweres »Sondervermögen« für die Entlastung von Firmen in die Runde warf, sprach sich Lindner für die Abschaffung des Solidaritätszuschlags sowie ein »Dynamisierungspaket« aus, das Themen wie Arbeitsmarkt, Klimaschutz, Energiepreise, Bürokratie und Steuern umfassen sollte. Im Juli konnte sich die in den Medien mittlerweile bereits als »Stillstandscoalition« bezeichnete Bundesregierung nach monatelangem Ringen dann endlich doch auf die sogenannte »Wachstumsinitiative« verständigen, die zwar keine Steuersenkungen, dafür aber Stimulanzien enthält. Habeck zufolge werden diese ein »Booster« sein, welche der Wirtschaft Impulse geben und die Rahmenbedingungen nachhaltig verbessern werden. Auch Lindner frohlockte bereits, dass mit »dem Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 und den Eckpunkten für eine Wachstumsinitiative [...] der Einstieg in die Wirtschaftswende« beginnen wird.

## Prinzip Hoffnung

Gelingen sollen die vollmundigen Ankündigungen unter anderem mit Verbesserungen bei Abschreibungen von Investitionen und bei der Forschungszulage. Außerdem möchte die Ampel Bürokratie abbauen und energieintensive Firmen bei den Strompreisen entlasten. Bürgergeldempfänger und/oder Migranten sollen Anreize bekommen, um Arbeit zu finden, während Arbeitnehmer dazu ermuntert werden sollen, mehr und länger zu arbeiten. Weiter soll etwa die europäische Lieferkettenrichtlinie entbürokratisiert und der Datenschutz entschlackt werden. Insgesamt enthält das 31 Seiten

lange Strategiepapier 49 Einzelmaßnahmen, die teilweise bereits konkret, andere noch vage formuliert oder sogar strittig sind – wie etwa die geplanten Steuerrabatte für ausländische Fachkräfte in den ersten drei Jahren.

»Steuerrabatte für eine spezielle Gruppe sind diskriminierend im Sinne der Steuergerechtigkeit, besser wäre es, die Abgabenlast für alle zu senken. Zudem bleibt fraglich, ob das Instrument überhaupt zusätzliche Fachkräfte anlockt, wenn es nach drei Jahren wegfällt. Weniger Bürokratie und kürzere Visumverfahren wären besser und wirksamer« (IW-Steuerexperte Martin Beznoska, IW-Nachricht, 23. Juli 2024). Fast alle Stimmen bewerten bisher positiv, dass es überhaupt zu einer Einigung gekommen ist und dass die Schuldenbremse eingehalten wurde. Dennoch greifen die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung für Wirtschaftsverbände und Gewerk-

schaften oft noch viel zu kurz: »Ein genauer Blick auf das Ergebnis zeigt, dass das Paket in erster Linie dem Erhalt der Koalition dient. Ob die Maßnahmen den erhofften Schub für mehr Dynamik in der Breite der Wirtschaft erzeugen werden, ist hingegen zweifelhaft. Es wird weitere Schritte brauchen, um den Standort Deutschland wettbewerbsfähiger zu gestalten und das Potenzialwachstum zu steigern« (Unternehmerverbände Niedersachsen, 11. Juli 2024).

»Von dem Wachstumspaket wird [...] kaum ein allzu großer Impuls für die Wirtschaft ausgehen. Viele der Maßnahmen gehen in die richtige Richtung. Der Bürokratieabbau etwa wird den Unternehmen helfen, bessere Abschreibungsmöglichkeiten sicherlich auch. Aber kurzfristig 0,5 Prozent mehr Wachstum werden all diese Maßnahmen kaum bringen können, das ist wenig realistisch. Dafür ist der finanzielle

Umfang der Entlastungen für die Unternehmen zu gering« (Monika Schnitzer, Vorsitzende des Sachverständigenrats Wirtschaft, t-online, 26. Juli 2024).

»Viele Ideen der Bundesregierung gehen in die richtige Richtung, aber im Ergebnis ist das alles viel zu wenig. Es sind Reförmchen. Dafür aber ist die Lage zu ernst« (Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger, dpa, 7/2024).

Es herrschen also durchaus ernüchternde Zweifel an der »Wachstumsinitiative« – und das, obwohl die Ampel dadurch allein für das nächste Jahr bereits mit einem zusätzlichen Wachstum von mehr als einem halben Prozentpunkt rechnet, was einer zusätzlichen Wirtschaftsleistung von 26 Milliarden Euro entspräche. Geld also, dass die Wirtschaft als »Booster« tatsächlich gut gebrauchen würde, um sich die dringend anstehende Zahnbehandlung leisten zu können. ■



# OBJEKT tv



[www.objekt.tv](http://www.objekt.tv)

### Fachkräftemangel

# Vogel-Strauß-Taktik

Die Suche nach Fachkräften gestaltet sich hierzulande zunehmend schwierig und bleibt zudem immer öfter erfolglos – sei es im Gesundheitswesen, in der Pflege und Betreuung, in Gastronomie, Logistik und Verkehr, Technik und IT oder bei den Handwerkern und in der Baubranche. Da dieser Mangel an qualifiziertem Personal sogar bis hin zum betrieblichen Stillstand führen könnte, wird er mit gutem Grund von 56 Prozent der deutschen Unternehmen inzwischen als größtes Geschäftsrisiko der Zukunft eingeschätzt (Statista, 4/2024). Dabei kam die Krise mit Ansage – dennoch hat es die Politik über Jahre versäumt, ein Gesamtkonzept aufzustellen, um dem mittlerweile allgegenwärtigen Problem rechtzeitig Herr zu werden.

**D**en Kopf in den Sand zu stecken ist selten eine Lösung – besonders nicht in der Politik, wenn es darum geht, eine Industrienation wie Deutschland in die Zukunft zu führen. Dabei musste man wahrlich kein Statistiker sein, um nach einem Blick in die deutsche Bevölkerungspyramide



zu erkennen, dass es allein schon aufgrund der demografischen Entwicklung knapp werden würde. Wirtschaftsexperten hatten davor gewarnt, denn bereits 1972 begann der Jugendsockel zu schwinden und aus der einstigen Pyramide wurde – sinnbildlich passend – eine Urne, die früh den Abgesang ankündigte und schon damals sofortiges Handeln erfordert hätte. Statt aber an wichtigen Stellschrauben wie etwa einer gesunden Familienpolitik, einem guten Bildungssystem und peu à peu an einer qualifizierten Einwanderung zu drehen und dadurch dafür zu sorgen, dass junge, gut ausgebildete Menschen auf den Arbeitsmarkt nachrücken, war das Problem offenbar nie akut genug und wurde daher von den Regierenden jeweils von einer Legislaturperiode zur nächsten verschleppt.

### Im Ungleichgewicht

Die Vogel-Strauß-Taktik ist nach hinten losgegangen und das Erwachen erleben wir jetzt. Gab es in den frühen 2010er Jahren noch 60 000 bis 200 000 offene Stellen für Fachkräfte, konnten 2023 bereits rund 570 000 Stellen nicht besetzt werden (Institut der deutschen Wirtschaft, IW, 8/2024). Und es wird noch mehr Sand ins Getriebe kommen, denn ein Großteil der heutigen Erwerbstätigen gehört zur Generation der sogenannten »Babyboomer«, die in den nächsten 15 Jahren in den Ruhestand gehen werden. Um im Straußen-Gleichnis zu bleiben: Auch die Bildung versinkt immer tiefer im sandigen Morast und sorgt dafür, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung unter ungünstigsten Bedingungen in das Erwerbsleben startet. Sicherlich gut gemeinte Ansätze wie In-

Der deutschen Wirtschaft gehen durch den Fachkräftemangel in diesem Jahr rund 49 Milliarden Euro verloren. Dabei sind Folgekosten der Personalprobleme wie beispielsweise zusätzlicher Stress für die Belegschaft durch Mehrarbeit oder entgangene Innovation in den Firmen nicht in der Rechnung enthalten. (...) Im Jahr 2027 könnten der deutschen Wirtschaft dadurch 74 Milliarden Euro entgehen (IW, 5/2024).

klusion, Schreiben nach Gehör oder der Wegfall des Wettkampfgedankens bei den Bundesjugendspielen führen zu einer Gleichmacherei, die den Leistungsanspruch der »Jugend von heute« oftmals untergräbt.

Große Klassen, sinkende Anforderungen, gestrichene Unterrichtsstunden, fehlende häusliche Unterstützung, marode Schulen und Sprachbarrieren legen eine weitere Schippe drauf, um die Wissensvermittlung zu erschweren und den Lehrerberuf unattraktiv zu machen. Gleichzeitig führen paradoxerweise gerade die gesunkenen Anforderungen dazu, dass immer mehr Abgänger ihre Schullaufbahn mit dem Abitur beenden und sich im Anschluss für ein Studium entscheiden – was dann wiederum die Engpässe in den wertschöpfenden Ausbildungsberufen verschärft.

Im »Land der Dichter und Denker« erreichen mittlerweile nur noch 25 Prozent der Viertklässler im Bereich der Lesekompetenz das für die weitere Schullaufbahn erforderliche Mindestniveau (IGLU-Grundschulstudie, 5/2023). Gleichzeitig verfügen fast 30 Prozent der Schüler in Deutschland nur über rudimentäre mathematische

”

Eine beispielhafte Berechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft macht die Misere deutlich: Demnach wird im Jahr 2029 ein großer Teil des Jahrgangs 1964 mit rund 1,4 Mio. Menschen in den Ruhestand gehen. Gleichzeitig wird der Jahrgang 2009, in dem nur rund 736 000 Menschen geboren wurden, neu in den Arbeitsmarkt eintreten. Dies führt zu einer Differenz von etwa 670 000 potenziellen Erwerbstätigen (IW, 2022). In den nächsten 15 Jahren werden dann bereits insgesamt 12,9 Mio. Erwerbspersonen das gesetzliche Rentenalter erreicht haben.

DeStatis  
8/2022

Kenntnisse (PISA-Studie, 12/2023). Trauriger »Fun-Fact«: In einer Umfrage von Bitkom Research (3/2018) gaben 56 Prozent der 14- bis 29-Jährigen an, Influencer als einen richtigen Beruf zu sehen. 35 Prozent der Befragten würde die Tätigkeit selbst gerne ausüben.

#### Eine ganze Wagenladung

Durch die Digitalisierung und den technologischen Wandel kam noch eine ganze Wagenladung Sand zusätzlich obendrauf. Beide Faktoren erfordern jeweils neue Kompetenzen und Fähigkeiten, die nicht immer ausreichend in der Ausbildung vermittelt werden, für die Bewältigung der neuen Herausforderungen in den Unternehmen jedoch dringend erforderlich sind.

Und als wäre es nicht längst genug, sind da einerseits die inländischen Fachkräfte, die immer öfter Deutschland verlassen, während andererseits die Einwanderung von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland durch bürokratische Hürden erschwert wird (IHK, 2023).

Die Migranten, die in den letzten Jahren im Zuge der teils unkontrollierten Flüchtlingsströme nach Deutschland eingewandert sind, konnten die Fach-

”

Nur etwa 10 Prozent der kleinen und mittelständischen Unternehmen nutzen KI-Systeme aktiv im Arbeitsalltag. Dabei kann KI dazu beitragen, die globale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sichern, den Fachkräftemangel einzudämmen und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales  
9/2023

Immer mehr Betriebe bieten ihren Mitarbeitern Anreize wie flexible Modelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, maßgeschneiderte Angebote und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie Lohnerhöhungen. Dem Missverhältnis zwischen Qualifikation und Anforderung können sie dadurch jedoch nur bedingt entgegenwirken. Speziell die höheren Löhne bergen zudem die Gefahr, dass sie »primär zu einer Verteuerung von Waren und Dienstleistungen führen. Der Fachkräftemangel würde dann zurückgehen, nicht weil es mehr Fachkräfte gäbe, sondern weil viele Menschen sich die resultierenden Preise nicht mehr leisten wollen oder können und die Arbeitsnachfrage sinkt« (IW-Kurzbericht 23/2023).



iStock.com/BraunS

kräftelücke im Gegenzug bei weitem nicht schließen und waren kaum mehr als »ein Tropfen auf den heißen Sand«.

## Ungenutztes Potenzial

Laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes und des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) handelt es sich bei den inländischen Fachkräften, die Deutschland den Rücken kehren, jährlich um rund 210 000 gut ausgebildete deutsche Staatsbürger im Alter von 20 bis 40 Jahren. Die Tendenz ist unter anderem aufgrund wachsender Sozialabgaben steigend und eine Rückkehr in der Regel nicht angedacht. Hier gibt es beispielsweise im Rahmen der Steuerpolitik noch viel zu tun, um diesen Trend zu stoppen oder sogar umzukehren.

Zahlen einer Studie des OECD zeigen zudem, dass etwa jeder zehnte Deutsche zwischen 18 und 24 Jahren weder einer Arbeit nachgeht noch eine Ausbildung absolviert. Dies entspricht knapp 590 000 jungen Menschen, die zumindest für den unqualifizierten deutschen Arbeitsmarkt kurzfristig in Stellung gebracht werden könnten (WirtschaftsWoche, 4/2023). Nicht zuletzt bergen Arbeitslose, die in ihren Ausbildungsberufen keine angemessene Beschäftigung mehr finden, das ungenutzte Potenzial, durch Umschulungsmaßnahmen zeitnah wieder in

## Lösung mit Zukunft?

Bis zu 400 000 Menschen aus dem Ausland – per Definition vier deutsche Großstädte – bräuchte es laut Bundesarbeitsagentur-Chefin Andrea Nahles (11/2022) jedes Jahr, um den Bedarf an Fachkräften zu decken (der familiäre Anhang ist in dieser Rechnung noch nicht enthalten). Da der Fachkräftemangel weltweit auf einem Höchststand ist – Deutschland teilt sich hier im internationalen Vergleich Platz zwei mit Griechenland und Israel

(MPG-Studie 2024) –, sind dies Kräfte, die in ihren eigenen Ländern gegebenenfalls fehlen würden. Gleichzeitig landet Deutschland 2023 unter den beliebten Zielen zum Arbeiten auf Platz 49 von 53 weltweit (Umfrage InterNations). Und auch im aktuellen OECD-Ranking für »Fachkräfte-Attraktivität« platziert sich Deutschland mit Platz 15 von 38 im Mittelfeld, hinter Ländern wie Kanada, den USA, Großbritannien oder Schweden.

das Berufsleben zurückfinden zu können.

## Besser spät als nie

Für einige Maßnahmen ist der Lastwagen leider schon lange abgefahren, um den mittlerweile riesigen Sandhaufen noch kurzfristig wegschaffen zu können. Und trotzdem wäre es sinnvoll, den Kopf endlich aus dem Sand zu ziehen und – besser spät als nie – an den wichtigen Stellschrauben zu drehen. Doch auch die amtierende Regierung doktert weiter am Ursprung der Probleme vorbei und sorgt mit ihrer Fachkräftestrategie zwar mittel-

fristig für Entlastung – etwa durch den Umbau des Steuer- und Abgabensystems, Pläne für ein späteres Renteneintrittsalter (siehe Kasten) und eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen – sie erreicht dadurch jedoch nicht, dass sich Deutschland irgendwann wie Münchhausen dauerhaft selbst an den Haaren aus dem Sumpf ziehen kann. Die lang versäumte Familien- bzw. Kinderoffensive wird – wenn denn gestartet – frühestens in 16 Jahren Früchte tragen und auch das marode Schulsystem wird nicht von heute auf morgen wieder auf Kurs gebracht werden können – und doch kann es nicht die Lösung sein, diese elementaren Stellschrauben einfach weiter an zukünftige Regierungen weiterzureichen. Der aktuelle Zeitgeist ist weder sonderlich familien- noch leistungsorientiert; hier sollten die Regierenden entschlossener handeln und günstigere Rahmenbedingungen schaffen – zum einen, damit Kinderkriegen nicht an Geld, Raum, Zeit und Zuversicht scheitert, und zum anderen, damit sich Ehrgeiz und Leistung sowohl in der Schule als auch später im Berufsleben wieder stärker lohnen. ■

Laut einer Berechnung des ifo-Instituts (8/2024) könnten die von der Bundesregierung für 2025 geplanten Änderungen bei der Rente 1,2 Mio. Menschen zu einer längeren Berufstätigkeit bewegen:

- Anhebung des Rentenalters auf 69 ≈ 473 000 Vollzeitstellen
- Erhöhung der Abschläge bei frühzeitigem Renteneintritt auf 0,5

Prozent pro Monat ≈ 180 000 Vollzeitstellen

- Abschaffung der Rente mit 63 ≈ 157 000 Vollzeitstellen
- Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung von Eheleuten (Kranken- und Pflegeversicherung) ≈ 150 000 Vollzeitstellen
- Abschaffung des Ehegattensplittings ≈ 200 000 Vollzeitstellen

Digitalisierung

# Stau auf der Datenautobahn

Man kann es ihm wohl nachsehen, dass der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl die »Datenautobahn« 1994 noch in den Verantwortungsbereich des Verkehrsministeriums verortete. Doch auch für Bundeskanzlerin Angela Merkel war das Internet im Jahr 2013 offenbar immer noch »Neuland«. Wundert es da jemanden, dass Deutschland bis heute in Sachen Digitalisierung oft hinterherhinkt, während Volkswirtschaften wie China und die USA, aber auch viele kleinere Länder wie Dänemark, Österreich und Estland, längst an uns vorbeigezogen sind?



Führende Unternehmen fordern eine schnellere und flächendeckende Verbreitung von Internetanschlüssen in Deutschland. (...) Eine Studie hat darauf hingewiesen, dass Menschen ohne Internet-Zugang deutliche Nachteile in der Ausbildung haben.

Tagesschau-Moderation  
24. August 2000

Fast ein Vierteljahrhundert später zeichnen aktuelle Umfragen und Rankings nach wie vor kein gutes Bild. So erreichte Deutschland letztes Jahr in einem weltweiten Länderranking zur digitalen Wettbewerbsfähigkeit einen Indexwert von 80,86 Punkten und landete damit auf Platz 23 von

64 (Statista, 2024). Unter den EU-Ländern belegte Deutschland im neuesten »Digital Economy and Society Index« (DESI) einen mittelmäßigen 13. Platz. Und auch bei einer repräsentativen Umfrage des Digitalverbandes Bitkom, an der 602 Unternehmen in Deutschland ab 20 Beschäftigten teilnahmen, sahen 43 Prozent die deutsche Wirtschaft im Bereich der Digitalisierung im Mittelfeld. 25 Prozent schätzten sie eher als Nachzügler ein und nur 20 Prozent platzierten die deutsche Wirtschaft in der Spitzengruppe. 76 Prozent kritisierten zudem, dass deutsche Unternehmen digitale Technologien zu wenig einsetzen.

Kein besonders gutes Zeugnis für eine Industrienation wie Deutschland – und das, obwohl fast neun von zehn der befragten Unternehmen (87 Prozent) angaben, dass die Nutzung digitaler Technologien für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ihrer Meinung nach entscheidend sei.

## Mit Schubkraft in die digitale Zukunft?

Dabei sollte der »digitale Aufbruch für Deutschland« doch eigentlich längst durchstarten. So lautete zumindest die Ambition der Ampel, als sie Ende 2021 den gemeinsamen Koalitionsver-

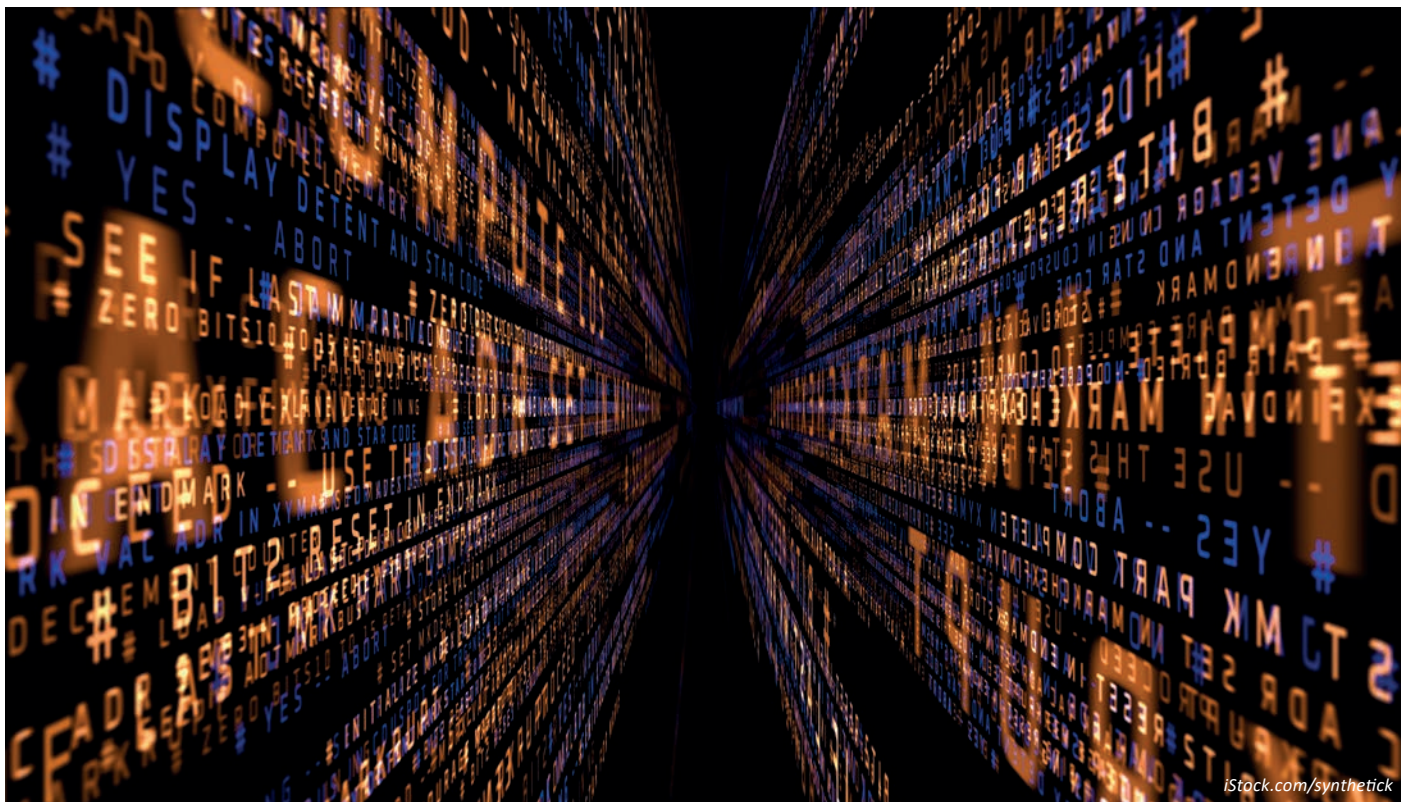


Sinnbild für den Stand der Digitalisierung in Deutschland:

Laut einer Umfrage des Digitalverbandes Bitkom nutzen mehr als 80 Prozent aller Unternehmen in Deutschland, die mehr als 20 Mitarbeiter haben, noch das Fax-Gerät – im Jahr 2023.







iStock.com/synthetick

trag unterschrieb – mit dem Ziel, die digitale Transformation in Deutschland voranzutreiben und die Bundesrepublik als technologie- und Innovationsstandort wirtschaftlich voranzubringen. »Wir verlieren uns nicht in Zukunftsvisionen, sondern gehen Digi-

talisierung jetzt ganz konkret an«, versprach Digitalminister Volker Wissing Ende August 2022, als er die »Digitalstrategie für Deutschland« in Meseberg schließlich vorstellte. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz meldete sich auf X (ehemals Twitter, 29. Juli 2023) zu

Wort und kündigte diesmal keinen »Doppel-Wumms« (2022), sondern einen »kräftigen Schub« für die deutsche Wirtschaft an.

Fortschrittlich und zukunftsorientiert klingt das, spiegelt die Realität bisher allerdings nur bedingt wider. So wurden von den 334 im Koalitionsvertrag festgelegten Digitalisierungszielen bis Anfang 2024 nur 60 umgesetzt, was etwa 18 Prozent entspricht; 77 Vorhaben wurden bis dahin gar nicht erst begonnen (23 Prozent).

### Ausgebremst

Die überwiegende Mehrheit der Unternehmen sieht sich bei der Digitalisierung durch externe Faktoren gebremst. Zu den Hauptursachen zählen steigende Energiekosten mit 98 Prozent sowie eine fehlende Wachstumsdynamik und Unterbrechungen in der Lieferkette mit jeweils 97 Prozent. Auch die Inflation und das hohe Zinsniveau wirken sich für 96 Prozent negativ

aus. Der Krieg in der Ukraine wirkt sich für 60 Prozent der Unternehmen negativ auf die Digitalisierung aus. Kritik äußern die Unternehmen auch an der Politik: 97 Prozent sehen die Maßnahmen der Bundesregierung und 84 Prozent die der Landesregierungen als hemmende Faktoren (Digitalverband Bitkom 2024, Umfrage mit 606 Unternehmen ab 20 Mitarbeitern).

### Gas geben

Doch es gibt auch Positives zu vermelden: So wurden beispielsweise Planungs- und Genehmigungsverfahren für die digitale Infrastruktur beschleunigt und Funklücken gestopft. Zudem befinden sich zwei Drittel (66 Prozent) der Digitalisierungsvorhaben immerhin bereits in der Umsetzung. Darüber hinaus wurden dem Bundesministe-



Jedes einzelne Unternehmen benötigt jetzt eine Kraftanstrengung, um bei der Digitalisierung von der Planung in die Umsetzung zu kommen. Analoge Geschäftsmodelle sind keine Antwort auf einen sich verschärfenden Wettbewerb. Das Management ist gefordert, die Chancen der Digitalisierung zu ergreifen.

**Dr. Ralf Wintergerst**  
Bitkom-Präsident

rium für Digitales und Verkehr (BMDV) statt der ursprünglich geplanten 38,7 Milliarden Euro (vgl. 2023: 35,6 Milliarden) für das laufende Jahr 44,15 Milliarden Euro Finanzmittel zur Verfügung gestellt.

Nichtsdestotrotz wird die Zeit allmählich knapp. Denn mit Ende der Legislaturperiode im kommenden Jahr möchte sich die Bundesregierung daran messen lassen, ob sie das in der Digitalstrategie gesteckte Ziel erreicht hat, es bis 2025 in die Top 10 zu schaffen. Bitkom-Präsident Ralf Wintergerst mahnte daher bereits im letzten Jahr, dass die Bundesregierung ihre Digitalpolitik mit sehr viel Nachdruck betreiben müsse, um ihre selbstgesteckten Ziele vor den nächsten Wahlen noch zu erreichen. Eine zögerliche Digitalpolitik belaste sonst die Wirtschaft und Sorge für Verdruss, lautete sein Appell (dpa, 29. August 2023). Da heißt es »Gas geben« für die Ampel, denn ihr bleibt dafür inzwischen weniger als ein Jahr Zeit. ■



Als rohstoffarmes Land, das noch dazu vor einem gravierenden demografischen Wandel steht, müssen wir stärker als in der Vergangenheit auf digitale Technologien setzen. Gerade Künstliche Intelligenz bietet riesige Chancen und mischt in fast allen Branchen die Karten neu.

**Dr. Ralf Wintergerst**  
Bitkom-Präsident

## Folgen der versäumten Digitalisierung

Langsame Internetverbindungen und schlechte Netzabdeckung beeinträchtigen hierzulande besonders in ländlichen Gebieten die Produktivität und Innovationskraft der Unternehmen, da sie Schwierigkeiten haben, moderne Technologien wie Cloud-Computing, IoT und KI zu implementieren. Die mangelnde digitale Infrastruktur verhindert zudem, dass Unternehmen von datengetriebenen Geschäftsmodellen profitieren, während internationale Wettbewerber mit besseren digitalen Infrastrukturen schneller und effizienter arbeiten können. Im öffentlichen Sektor führen langsame und

ineffiziente digitale Prozesse zu erhöhtem Aufwand und höheren Kosten für Unternehmen. Darüber hinaus behindern Verzögerungen bei der Bearbeitung von Förderanträgen und Genehmigungen die schnelle Umsetzung von Projekten.

Datensicherheits- und Datenschutzbedenken führen dazu, dass Unternehmen zögern, digitale Lösungen vollständig zu implementieren, während die Einhaltung strenger Datenschutzgesetze zusätzliche Kosten und Aufwand verursacht. Die langsame Umsetzung von e-Government behindert zudem schnelle und effiziente Transaktionen zwischen

Unternehmen und dem Staat. Nicht zuletzt hat auch das deutsche Bildungssystem den Anschluss verpasst: Im »Digital Economy and Society Index« der Europäischen Union (DESI 2023) belegte Deutschland in der Kategorie »Digitale Kompetenzen« Platz 23 von 28; 49 Prozent der Deutschen besitzen demnach nur grundlegende digitale Kompetenzen – und der Ruf nach Fachkräften im IT-Bereich wächst. Der Mangel erschwert die digitale Transformation, während die hohe Nachfrage nach IT-Fachkräften die Löhne in die Höhe treibt, was besonders kleine und mittlere Unternehmen belastet.

## Energiewende

# Zurücklehnen und Popcorn essen

In den letzten Jahrzehnten wurden viele Themen, die die deutsche Wirtschaft heute massiv belasten, auf die lange Bank geschoben: seien es die gegensteuernden Maßnahmen für den lange angekündigten demografischen Wandel, Steueranpassungen, Digitalisierungsaus- und Bürokratieabbau oder wichtige Bildungsinvestitionen. Bei der grünen Energiewende mit dem Titel »Klimaneutralität bis 2045« aber hat die Industrienation Deutschland eine Vorreiterrolle eingenommen, bei der sich das Ausland wie im Kino neugierig zurücklehnen und abwarten kann, was die Sneak Preview so bringt. Wird es ein Film mit Happy End, ein Drama oder gar ein Katastrophenfilm? So viel ist sicher – »spannend« wird es auf jeden Fall. Denn wie der Regisseur, Bundesklimaschutzminister Robert Habeck, schon verriet, ging man diesmal »lieber voll ins Risiko, vielleicht gelingt es ja auch. Und dann können wir alle miteinander [...]« (ZDF heute, 11. Januar 2022) ... Popcorn essen!

**W**elche Erwartungen er an die Energiewende hat und ob es seiner Meinung nach ein gutes oder ein schlechtes Ende nehmen wird, das hat OBJEKT den deutschen SPD-Politiker, Manager, Wissenschaftler und Buchautor Prof. Dr. Fritz Vahrenholt gefragt.

*Ziel des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) ist es, Deutschland in ein klimaneutrales Hochindustrialand zu transformieren. Wie optimistisch sind Sie, dass uns dies gelingen wird, und ist es überhaupt realistisch, einen Industriestandort wie Deutschland ausschließ-*

*lich mit erneuerbaren Energien, die nicht grundlastfähig sind, zu betreiben?*

Das wird nicht gelingen. Dafür gibt es drei Gründe: Windenergie- und Solarstrom sind teurer als die herkömmliche Stromversorgung. Das erkennen Sie allein schon daran, wenn Sie die Subventionen von 20 Milliarden Euro allein in 2024 aus dem Bundeshaushalt auf die 200 Terrawattstunden (TWh) Strom aus erneuerbaren Energien umlegen. Das sind 10 Eurocent pro Kilowattstunde. Das zahlen die Steuerzahler. Würde dies auf den Strompreis umgelegt, wäre eine wirtschaftliche industrielle Produktion durch erneuerbaren Strom in Deutschland nicht mehr möglich. Zweitens: Wind- und Sonnenstrom ist nicht zuverlässig. An 130 Tagen des Jahres weht kaum Wind in Deutschland. Wir wissen aber nicht

”

Der Wind kostet nichts und die Sonne schickt auch keine Rechnung, aber der Windkrafthersteller schon – ich war ja mal einer.

**Prof. Dr. Fritz Vahrenholt**  
(René will Rendite, 25. Februar 2024)

an welchen Tagen. Die Sonne scheint im Winter kaum und nachts gar nicht. Solar- und Windstrom über Wasserstoff zu speichern und wieder zu Strom zurückzuverwandeln ist viermal so teuer wie der Ausgangsstrom. Drittens: Es sind gewaltige Investitionen von 500 Milliarden Euro in den Netzausbau überregional und regional zu



istock.com/instamatics

stecken. Auch dieses Geld fehlt woanders – zum Beispiel im Wohnungsbau.

**Die regierenden Politiker nennen gerne Russland als Hauptgrund für die steigenden Energiepreise in Deutschland. Wo liegen für Sie primär die Ursachen?**

Beim Strompreis ist das eindeutig falsch. Der Strompreis stieg schon 2021 lange vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine auf das Vierfache an, weil die CO<sub>2</sub>-Preise durch die Europäische Kommission in voller politischer Absicht nach oben getrieben wurde, um die erwünschte Transformation zu einer grünen Wirtschaft zu beschleunigen. Deutschland verschärfte die Krise noch dadurch, dass es Kernkraft- und Kohlekraftwerke stilllegte. Die Strompreisexlosion und die Gefährdung industrieller Arbeitsplätze ist politisch bedingt.

**Wie »grün« ist Ihrer Meinung nach die Energiewende? Welche Dinge hätte man anders machen oder am besten ganz sein lassen sollen?**

Was die CO<sub>2</sub>-Bilanz betrifft, hat die Energiewende nur dazu geführt, dass in den letzten 20 Jahren Kernenergiestrom durch Wind- und Solarstrom ersetzt wurde, aber zu 500 Milliarden Euro höheren Kosten. Wenn ich mir die Zerstörung von Habitaten in deutschen Wäldern durch Windkraftanlagen anschau, dann ist die damit verbundene Naturzerstörung, die Vernichtung von Greifvögeln und Fledermäusen, eine Missetat gegen den Naturschutz.

**Immer mehr Unternehmen gehen insolvent oder wandern ab – und mit ihnen das Know-how und der Wohlstand des Landes. Wie lange halten wir das noch aus? Haben Sie Lösungsvorschläge, wie unser Land die Energiekrise mittelfristig überwinden könnte?**



*Der promovierte Chemiker Prof. Dr. Fritz Vahrenholt war von 1991 bis 1997 Hamburger Umweltsenator. Anschließend ging Vahrenholt als Vorstand für Erneuerbare Energien zur Deutschen Shell AG, 2001 wurde er Vorstandsvorsitzender des Windenergie-Anlagenbauers REpower Systems. Danach leitete er bis 2012 die neu gegründete Konzern-Gesellschaft für Erneuerbare Energien der RWE AG, die Innogy GmbH. Seit 1999 ist er Honorarprofessor im Fachbereich Chemie der Universität Hamburg. Er ist des Weiteren Mitglied der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech). Sein Bestseller »Seveso ist überall« (1978) war eine der wirkmächtigsten Buchveröffentlichungen in den Anfangsjahren der Umweltbewegung. 2020 erschien sein Bestseller »Unerwünschte Wahrheiten« (zusammen mit Sebastian Lüning). Im Februar 2022 erschien sein jüngstes Buch »Die große Energiekrise – und wie wir sie bewältigen können«. Vahrenholt ist Aufsichtsratsvorsitzender der Aurubis AG, des größten europäischen Kupferherstellers, sowie Aufsichtsrat der Encavis AG, einem der größten Investoren in erneuerbare Energien.*

Foto: Prof. Dr. Fritz Vahrenholt

**Der Schaden, etwa durch den kompletten Atomausstieg, ist angerichtet. Ist es überhaupt möglich, jemals wieder zum »alten Glanz« zurückzukehren?**

Ja. Die letzten Kernkraftwerke reaktivieren, Kohle- und Gaskraftwerke mit einer CO<sub>2</sub>-Abscheidung ausrüsten und am Netz lassen, das EEG abschaffen. Wenn sich Solar- und Windenergie wirtschaftlich trägt, ist das willkommen. Aber nach 20 Jahren der Subvention ist die Zeit der Milliardenlöcher vorbei. Und die 500 Milliarden für den Netzausbau müssten in die Energieforschung und in den Erhalt der industriellen Arbeitsplätze in Deutschland gesteckt werden.

Das wird ein längerer, schmerzvoller Weg von zwei bis drei Legislaturperioden, das zu korrigieren, was durch die Ampel und die vormalige Bundeskanzlerin Angela Merkel kaputtgemacht worden ist.

**Was sind die Folgen, wenn wir durch die hohen Energiepreise als Wirtschaftsstandort an Bedeutung verlieren? Haben Sie einen Appell an die**

### **deutsche Bundesregierung? Und auch speziell an die deutsche Baubranche?**

Hohe Wohlstandsverluste sind die Folge, wenn hier keine Kurskorrektur vorgenommen wird. 750 000 Arbeitsplätze der Automobilindustrie, 500 000 Arbeitsplätze der Metallindustrie und 500 000 Arbeitsplätze der Chemieindustrie sind gefährdet. Auch das Leiden der Baubranche hat politische Gründe. Allen kann ich nur zurufen: durchhalten. Deutschland wird sich besinnen und den Kurs korrigieren. Der Absturz der Grünen in den Umfragen ist der Vorbote dieser Korrektur.



Deutschland ist das größte Freiluftlaboratorium auf dem Energiesektor.

**Christoph Frei**

Generalsekretär des Weltenergieinstituts  
(rbb-Inforadio, 31. Januar 2015)

### **Wie denkt wohl das Ausland über uns? Sind wir tatsächlich Vorbild oder eher ein abschreckendes Beispiel?**

Keiner folgt unserem Beispiel. Alle anderen Länder setzen auf einen Mix von Kernenergie, erneuerbaren Energien und fossilen Quellen. Wir haben – wie das Wallstreet-Journal titelte – »die dümmste Energiepolitik der Welt«, weil nicht von Fachleuten, sondern von grünen Träumern entworfen. Energie für ein Hochindustrieland allein aus zwei unzuverlässigen Quellen erzeugen zu wollen – das geht schief.

### **Zuerst kommt das Fressen**

Mahner zu mehr Pragmatismus statt übereilem Aktivismus gibt es viele. So ging unter anderem auch der Ökonom und ehemalige ifo-Präsident Hans-Werner Sinn scharf mit der deutschen Energiewende ins Gericht und sprach aus, was logisch ist: »Nur die Europäer und ein paar andere grün gesinnte Länder machen mit. Und weil das so ist, fließt das Erdöl, das die grünen Länder nicht mehr verbrauchen, über die Märkte zu fallenden Preisen in andere Länder und wird dort verbrannt. In der Erde bleibt es jedenfalls nicht« (NZZ, 3. September 2024). Auch der russisch-britische Satiriker Konstantin Kisin führte das Thema in einer viral gegangenen Rede zu Studenten der Universität Oxford weiter aus und erklärte eindrücklich, dass man etwa Länder wie China mit teils großer Armut und dem Status eines Entwicklungslandes nicht davon überzeugen könne, für die »Retten der Welt« arm zu bleiben (Konstantin Kisin, X, 13. Januar 2023). Denn wie heißt es? »Zuerst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.«



Wir haben gegenüber dem Bezugsjahr 1990 beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß einen Rückgang um 40 Prozent erreicht. Das lag im Wesentlichen am Untergang der DDR-Industrie. Jetzt wollen wir die übrigen 60 Prozent in 20 Jahren schaffen. Das geht nur durch eine Deindustrialisierung des Landes.

**Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult.  
Hans-Werner Sinn**  
NZZ, 3. September 2024

Von einer Vorbildfunktion für Deutschland herrscht in einem Großteil der Welt jedenfalls keine Spur: Stattdessen ist etwa die weitestgehend CO<sub>2</sub>-freie, von der EU-Kommission in der Taxonomie positiv eingestufte Atomkraft in



Ländern wie Frankreich, Indien und den USA weiter im Kommen; in China werden neben dem Ausbau der Atomkraft zudem durchschnittlich zwei Kohlekraftwerke pro Woche genehmigt, obwohl sich die zweitgrößte Volkswirtschaft erst 2020 offiziell zum Ziel gesetzt hatte, bis 2060 »klimaneutral« zu sein (Tagesschau, 29. August 2023). Wenn schon, dann sollten sich die Wohlstandsverwöhnten Klimakleber also lieber erst mal auf den langen Marsch nach China machen und sich dort auf den Platz des Himmlichen Friedens kleben, statt Deutschland als »Klima-Schurken« (FFF-Initiatorin Greta Thunberg, 24. September 2021) zu bezeichnen.

### Im guten Mittelfeld

Denn natürlich hat ein hoch entwickeltes Industrieland wie Deutschland einen höheren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck pro Kopf als etwa Länder wie Puerto Rico oder Bhutan. Dafür werden hierzulande aber auch Maschinen, Materialien, Güter und Halbfabrikate nicht nur für den Eigenbedarf, sondern für die Anwendung in der ganzen Welt energieintensiv hergestellt. Welchen Ländern die Kombination aus Wirtschaftswachstum und »Klimaschutz« am besten gelingt, zeigt sich daher erst, wenn das Bruttoinlandsprodukt ins Verhältnis zur ausgestoßenen CO<sub>2</sub>-Menge gesetzt wird. So ist China mit einem Anteil von rund 34 Prozent an den globalen Kohlenstoffdioxid-Emissionen zwar der weltweit größte CO<sub>2</sub>-Emittent (Statista, 2023), die CO<sub>2</sub>-Emission pro Kopf ist verteilt auf die hohe Bevölkerungszahl jedoch geringer als etwa in den USA oder in Deutschland – und die Rechnung damit krumm. Tatsächlich steht Deutschland trotz Atomausstieg und anderen Herausforderungen in seiner CO<sub>2</sub>-Bilanz immer noch gut da. So liegt die deutsche CO<sub>2</sub>-Emission im EU-Vergleich mit 8,9 Tonnen pro Kopf zwar im



*iStock.com/Christian Horz*

hinteren Feld, setzt man diese Emissionen aber mit der Wirtschaftsleistung in Form des BIP ins Verhältnis, dann spielt Deutschland mit rund 229 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten pro Mio. Euro plötzlich im guten Mittelfeld mit. Und natürlich birgt ein Industrieland wie Deutschland auch ein größeres CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial als Länder, die auf weniger energieintensive Industrien setzen – aber um welchen Preis und in welchem Tempo? Dass die Industrie abwandert, um da zu produzieren, wo es günstiger ist und gleichzeitig weniger Anforderungen an CO<sub>2</sub>-Werte, Umweltschutz und »menschliche Nachhaltigkeit am Arbeitsplatz« gestellt werden? Oder um den Preis, dass deutsche Unternehmen »einfach erst mal aufhören zu verkaufen«? (Habeck, Maischberger, ARD, 6. September 2022). Immerhin würde so schon mal die CO<sub>2</sub>-Emission in Deutschland »erfolgreich« zurückgehen, um dann andernorts mit deutlich weniger Achtsamkeit und in x-facher Menge in die Luft geblasen zu werden.

### Abgewatscht

Tatsächlich sollte es vielmehr Ziel der Politik sein, so viele Unternehmen wie möglich in einem Land zu halten, das als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt nur einen Anteil von 1,5 Prozent am CO<sub>2</sub>-Ausstoß hat, große Fortschritte im Umweltschutz vollbringt und sich außerdem als große Leistung auf die Fahne schreiben kann, seine CO<sub>2</sub>-

Emissionen seit der Wende um rund 40 Prozent reduziert zu haben.

Bei den letzten Landtagswahlen wurden die Grünen jedenfalls gerade ordentlich abgewatscht und auch die Jugend glaubt ganz offensichtlich nicht mehr an das »grüne Wirtschaftswunder«. Obwohl es sich laut Slogan doch eigentlich um »das gute Klima für ihre Zukunft« dreht, bekamen die Grünen in der U18-Wahl für das EU-Parlament 2024 nur noch von 13,8 Prozent der Jugendlichen Zuspruch. Bei der Bundestagswahl 2021, die medienwirksam von den klimabewegten FFF-Protessen begleitet wurde, waren es noch fast 32 Prozent (wahlen.u18.org). Möglicherweise hat die Jugend unter anderem ja erkannt, dass es irgendwann ans »Fresen« gehen könnte mit einer Regierung, die an der Wirtschaftskraft und

”

Wir müssen in unserer Politik extrem radikal sein. Und wir werden nicht mehr [. ] in der Art Wohlstand leben, die wir bisher hatten. Es wird ein anderer Wohlstand sein – ein Wohlstand des Weniger.

**Katrin Göring-Eckhardt**

ARD, Anne Will, 21. November 2022

damit am Wohlstand ihres Landes sägt und ihr gleichzeitig das erste eigene Auto, ein eigenes Haus, den heimeligen Kamin, das Essen von Fleisch und den Traumurlaub madig machen möchte – während sich die Welt drumherum einfach weiterdreht.

### Dystopie

Tatsächlich klingen die Aussagen etwa von Ulrike Herrmann, TAZ-Wirtschaftsredakteurin und ruhendes Mitglied der Grünen, regelrecht dystopisch, wenn sie frank und frei ausspricht, wohin es ihrer Meinung nach in letzter Konsequenz führen könnte – ihr zufolge sei »unsere Zukunft« eine Art britische Kriegswirtschaft ab 1939 mit staatlicher Planung und Rationierung, um so aus einem dynamisch wachsenden Kapitalismus in eine kleine Kreislaufwirtschaft – das sogenannte »grü-



Man muss sich klarmachen, dass Klimaschutz den totalen Umbau bedeutet. [...] Dann ist klar, dass es das grüne Wachstum nicht geben wird. Sondern was wir hier haben werden, ist grünes Schrumpfen. Das heißt, wir müssen raus aus dem Kapitalismus. Also wenn man das erst mal kapiert hat, okay, Ökoenergie bleibt knapp und teuer, dann ist natürlich die interessante Frage, wofür reicht sie und wofür nicht.

**Ulrike Herrmann**

Ökozid, Schauspiel Stuttgart,  
6. Januar 2022

ne Schrumpfen« – zu transformieren (»Ende des Kapitalismus«, Ulrike Herrmann, Ed. 2022).

Ebenso erklärte sie bei einem taz-Interview ganz unverblümt: »Man kann nicht die ganze Zeit volatile Energie ausbauen, ohne dass es Speicherkapazitäten gibt. [...] Wie das überwunden werden soll, wurde überhaupt nie diskutiert, weil man einfach von der Fiktion ausgegangen ist, das mit dem grünen Wachstum wird schon irgendwie. Jetzt dämmt es den Experten, dass es mit den Speichern schwierig wird. [...] Wenn man den Wählern jetzt aber sagen würde: Wisst ihr was? Wir müssen raus aus dem Wachstum, der Verbrauch muss sich halbieren, Kapitalismus ist auch nicht mehr. [...] Dann sagt jeder, okay, das Thema lassen wir mal lieber. Und stattdessen tun wir eben so, als könnte man das alles mit Windrädern irgendwie ganz angenehm gestalten« (taz lab, 8. Juli 2022).

Schon jetzt fängt es an, nicht mehr »ganz angenehm« zu sein – dabei ist Deutschland noch ziemlich am Anfang der sogenannten »Rationierungen«. Was Herrmann sich darunter vorstellt, klingt derweil wie eine Ideologie in den wirtschaftlichen Untergang und das Ende der persönlichen Freiheiten – und wird daher hoffentlich für immer bloß eine düstere Dystopie des »totalen Umbaus« bleiben:

»Sie (die Ökoenergie) wird nicht reichen fürs Flugzeug. [...] Aus meiner Sicht wird die Ökoenergie auch nicht für die privaten Autos reichen. Das E-Auto ist aus meiner Sicht [...] eine Sackgasse. Das ist aber nicht das Ende der Mobilität, man kann ja auch Bus fahren. [...] Zum Beispiel ist klar, dass die Banken, so wie wir sie kennen, keine Zukunft haben, denn einen Kredit kann man nur zurückzahlen, wenn es Wachstum gibt. [...] Millionen von Menschen brauchen dann neue Arbeitsplätze. [...]

Das wird auch kein Problem sein, es wird auch neue Arbeit geben. Der Klimaschutz selbst wird schon enorme Mengen an Arbeit verursachen, denn ein Windrad lässt sich ja nicht von selbst aufbauen und auch der Ökolandbau, den man dann braucht. Also, industrielle Landwirtschaft hat auch keine Zukunft. Die Wiederaufforstung des Waldes und so, da sind viele, viele Menschen beschäftigt. Nur da gibt es dann wieder ein Missverständnis, das sehr häufig ist, nämlich die Leute denken, okay, dann habe ich ja Arbeit und dann habe ich das gleiche Einkommen wie jetzt. Ne! Man hat Arbeit, aber eben nicht das gleiche Einkommen, weil es gar nicht die gleichen Mengen an Gütern gibt, die man noch konsumieren kann (Gastbeitrag Ökozid, Schauspiel Stuttgart, 6. Januar 2022).

### Das Aus für die Kernkraft

1998 stach das »Narrenschiff Utopia« (CSU-Ministerpräsident von Bayern a.D. Franz-Josef Strauß, CSU-Parteitag am 6. Oktober 1986) in See und legte unter rot-grüner Flagge die Abkehr von der Atomkraft bis 2021 gesetzlich fest. Mit der schwarz-gelben Regierung ab 2009 sollten die Laufzeiten der AKW hingegen wieder verlängert werden – was zuvor sogar ein zentrales Wahlkampfthema beider Parteien gewesen und in ihrem Koalitionsvertrag verankert worden war. Zu einem Kurswechsel – quasi »um 360 Grad« – kam es aber, als ein Erdbeben der Stärke 9,0, gefolgt von einem Tsunami, eine Nuklearkatastrophe in Fukushima/Japan auslöste. Fernab von tektonischen Platten nahm die damalige Bundesregierung dies in Deutschland zum Anlass, um den beschleunigten Atomausstieg zu beschließen und die sofortige Abschaltung von acht Reaktoren zu veranlassen. In der Regierungszeit von Bundeskanzlerin a.D. Angela Merkel

”

Wir haben hervorragende Anlagen aus dem Markt genommen. Wir haben das Angebot reduziert und das zu einem Zeitpunkt, zu dem wir durchaus eine Knappheit hatten. Ich habe das akzeptiert, aber dass ich das gut befinde, das werden Sie in diesem Leben nicht mehr erleben. [. ] Der Point of no return, an dem man ein AKW, das abgeschaltet wurde, gar nicht mehr hochfahren kann, ist glaub ich schon erreicht. [. ] Das würde eine politische Entscheidung bedeuten, die ich absolut nicht sehe. [. ] Technisch ist nie die Frage bei der Kernenergie. Bei der Kernenergie ist immer die Frage Politik, technisch können wir das, aber das ist nicht das Thema.

**Leonhard Birnbaum**  
Eon-Vorstandschef  
NTV, 9. August 2023

wurden elf der insgesamt 17 Atomkraftwerke abgeschaltet, drei weitere gingen gute drei Wochen nachdem die Kanzlerin aus dem Amt ausgeschieden war vom Netz. Für die drei letzten aktiven Atomkraftwerke gab es angesichts der Energiekrise 2022 gnädigerweise einen Aufschub seitens der Ampel-Regierung, bis auch sie schließlich – dem internen

Expertenrat des Wirtschaftsministeriums offenbar widersprechend (Focus, 25. April 2024) – am 15. April 2023 abgeschaltet wurden. Diese hatten in ihrem letzten Betriebsjahr insgesamt 29,5 TWh Strom erzeugt und damit immerhin 6,3 Prozent des Stromverbrauchs in diesem Zeitraum gedeckt (tagesschau.de, 15. April 2024). Die Bedenken von rund zwei Dritteln der deutschen Bevölkerung, die sich laut einer Umfrage im Deutschland-Trend (ARD-Morgenmagazin, dimap, 14. April 2023) noch gegen den endgültigen Atomausstieg ausgesprochen hatte, wischte Bundesklimaschutzminister Habeck als »unumkehrbar« vom Tisch (welt.de, 11. April 2023). Während hierzulande ohne Not also CO<sub>2</sub>-freie Backup-Kapazitäten vom Netz genommen wurden, setzen andere Länder weiterhin auf Atomkraft – unter anderem Japan. Und auch die Ukraine wird weiter an der Atomkraft festhalten, was für Habeck »völlig klar« zu gehen scheint: »Das ist auch in Ordnung, solange die Dinger sicher laufen. Die sind ja gebaut« (ARD, Anne Will, 6. April 2023). In Deutschland wird die Netzstabilisierung bei Bedarf derweil noch unter anderem durch CO<sub>2</sub>-emittierende Kohlekraftwerke und meist gefracktes, die Umwelt stark belastendes LNG-Gas aus den USA übernommen. Und ja, auch Atomstrom wird aktuell weiter genutzt – es ist jetzt bloß nicht mehr der eigene.

### Das teuerste Eis der Welt

Von der Kugel Eis, die die Energiewende den deutschen Durchschnittshaushalt pro Monat kosten sollte (Umweltminister a.D. Jürgen Trittin, 2004; damaliger Preis für eine Kugel: 50 Cent) ist längst keine Rede mehr und auch die Stimmen zum versprochenen »grünen Wirtschaftswunder« verstummen leise. Seitdem sind bereits hunderte



iStock.com/milanfoto

Milliarden Euro in staatliche Förderungen für erneuerbare Energien geflossen; in diesem Jahr werden sie nun laut Wirtschaftsforschern des RWI mit 23 Milliarden Euro sogar einen neuen Höchstwert erreichen und damit die Prognosen der Bundesregierung noch einmal deutlich übertreffen (tagesschau.de, 15. August 2024). Schon allein der Ausbau der notwendigen Netzinfrastruktur für die erneuerbaren Energien wird viel mehr kosten als ursprünglich angekündigt: Hatte die Bundesnetzagentur für das Übertragungsnetz zuvor bislang Investitionen von 209 Milliarden Euro bis 2037 und für das Verteilnetz von 42,3 Milliarden Euro bis 2032 veranschlagt, erwartet sie in einer korrigierten Stellungnahme Anfang des Jahres für das Übertragungsnetz nun einen Bedarf von 300 Milliarden Euro bis 2045 und für das Verteilnetz von 150 Milliarden Euro bis 2045. Insgesamt könnte der Investitionsbedarf in die Stromnetze also bis 2045 bei rund 450 Milliarden Euro liegen, was eine Erhöhung von 200 Milliarden Euro im Vergleich zur vorherigen Schätzung bedeuten würde (Focus Online, 25. Januar 2024). In einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und von anderen Experten werden die Kosten für den Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaft oft im Bereich von mehreren hundert Milliarden bis zu über einer Billion Euro bis 2045 geschätzt – was wahrlich ein teures Eis



wäre, dessen Kugel nicht nur viel Geld, sondern auch Existenzen kosten wird.

### Der Gashahn wird zgedreht

Ausstieg aus der Kernenergie – Check; Ausstieg aus dem Kohlestrom – für 2038 vereinbart, soll aber auf 2030 vorgezogen werden; jetzt geht es dem Gasnetz an den Kragen. Nachdem Habeck bei einem Bürgerdialog Ende Mai noch eingeräumt hatte, dass er mit seinem umstrittenen Heizungsgesetz zu weit gegangen sei und das Gebäudeenergiegesetz »ehrlicherweise ein Test« gewesen war, um zu sehen, wie weit die Bevölkerung bereit wäre, »für Klimaschutz auch Belastungen in Kauf zu nehmen«, kommt das Aus für die Gasheizung nun offenbar durch die Hintertür. Ausgehend von der Annahme, dass durch das Bundes-Klimaschutzgesetz bis 2045 immer weniger Kunden Gas nutzen und sich dadurch die Gasnetzentgelte auf weniger Schultern verteilen, hat die Bundesnetzagentur beschlossen, dass Gasnetzbetreiber ihre Investitionen nun schneller abschreiben dürfen – mit der Folge,

dass sich die Gaspreise ab dem 1. Januar 2025 voraussichtlich um 20 bis zu 40 Prozent erhöhen könnten (Handelsblatt, 2. September 2024).

Es erinnert etwas an den Atomausstieg, bei dem ebenfalls die Axt an funktionierende Infrastruktur gesetzt wurde, um unwiederbringliche Tatsachen vor einer funktionierenden Alternative zu schaffen. Durch die forcierte Abwendung vom Gas wird laut Lobbyisten und Experten nun auch ein Großteil des bundesweiten Gasnetzes (Gesamtlänge: 550 000 km, Gesamtwert: 270 Milliarden Euro) der Energiewende zum Opfer fallen. Während Teile davon künftig zwar noch für den Transport von Wasserstoff umgerüstet werden sollen, wird ein erheblicher Teil des Erdgasnetzes über das Jahr 2045 hinaus nicht mehr genutzt und stattdessen stillgelegt oder ganz zurückgebaut werden.

Nach Plänen der Bundesregierung sollen 2030 bereits 80 Prozent des Stroms für den Industriestandort Deutschland aus erneuerbaren Energiequellen stammen; bis spätestens 2045 soll die Energieversorgung dann komplett um-



Wir wollen zukünftig systemdienliches Verbrauchsverhalten der Industrie besonders anreizen. Industrie und Gewerbe sollen reduzierte Netzentgelte zahlen, wenn sie in Situationen mit hohem Stromangebot mehr Strom verbrauchen. Andersherum erhalten sie auch dann eine Reduktion der Netzentgelte, wenn sie in Zeiten eines knappen Stromangebots weniger Strom verbrauchen.

**Klaus Müller**

Präsident der Bundesnetzagentur,  
24. Juli 2024

gestellt worden und Deutschland »klimaneutral« sein. Als Backup für den unsicheren Flatterstrom müssen verlässliche Energiequellen mit doppelten Fixkosten bereitgehalten werden. Hierbei setzt die grüne Energiestrategie auf Wasserstoff, für den jedoch nicht nur enorm hohe Investitionen und verlässlicher Strom für die Erzeugung, sondern auch Fachkräfte und die nötige Infrastruktur erforderlich sind. Zudem ist die Herstellung mit hohen Energieumwandlungsverlusten sowie Einbußen durch Transport und Verteilung verbunden. Der Plan der Ampel sieht daher vor, durch milliardenschwere Subventionen die Produktion im Inland bis 2030 auf rund 130 TWh zu erhöhen und einen Großteil des deutschen Wasserstoffbedarfs mittel- bis langfristig durch Importe aus dem Ausland zu decken. ■

